338/ME

Spezielle Verkehrsangelegenheiten
Abteilung II/B/7

Radetzkystraße 2, 1030 Wien
Telefon: +43 (1) 711 62-1606
Telefax: +43 (1) 711 62-1799

bmvit

Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie

Infrastruktur

An
lt. Verteiler

GZ. 170706/1-II/B/7/02 Wien, am 30. April 2002

Betrifft: 7. Novelle zum Führerscheingesetz

Das Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie übermittelt in der Beilage den Entwurf einer 7. Novelle zum FSG samt Erläuterungen, mit der Bitte um Stellungnahme bis 25. *Juni 2002.*

Sollte bis zum oben angeführten Termin eine do. Stellungnahme nicht einlangen, darf angenommen werden, dass der Entwurf dieser Novelle vom do. Standpunkt aus keinen Anlass zu einer Äußerung gibt.

Für die Ämter der Landesregierungen, die Verbindungsstelle der Bundesländer, den österreichischen Gemeindebund und den österreichischen Städtebund ergeht der Hinweis, dass die gegenständliche Übermittlung gleichzeitig als Versendung aufgrund des Art. 1 Abs. 1 und 4 der Vereinbarung zwischen dem Bund, den Ländern und den Gemeinden über einen Konsultationsmechanismus und einen künftigen Stabilitätspakt der Gebietskörperschaften, BGBl. I Nr. 35/1999, anzusehen ist. Innerhalb der oben genannten Frist kann gemäß Art. 2 dieser Vereinbarung beim Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie das Verlangen gestellt werden, dass im Konsultationsgremium Verhandlungen über die durch dieses Vorhaben im Fall seiner Verwirklichung dem Antragsteller zusätzlich verursachten finanziellen Ausgaben einschließlich zusätzlicher Personalkosten aufgenommen werden.

Beilage

Für den Bundesminister:
Dr. Wilhelm Kast

FdRdA:

Ihr Sachbearbeiter:
Mag. Wolfgang Schubert
Tel.: +43 (1) 711 62-1606, Fax-DW: 1799
wolfgang.schubert@bmvit.gv.at

Verantwortung

2
GZ. 170706/1-II/B/7/02

1. Bundeskanzleramt
1a Bundeskanzleramt / Verfassungsdienst
2. Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten
3. Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur
4. Bundesministerium für Finanzen
5. Bundesministerium für Inneres
6. Bundesministerium für Justiz
7. Bundesministerium für Landesverteidigung
8. Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft
9. Bundesministerium für öffentliche Leistung und Sport
10. Bundesministerium für soziale Sicherheit und Generationen
11. Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit
12. Rechnungshof
13. Herrn Landeshauptmann von Burgenland
14. Herrn Landeshauptmann von Kärnten
15. Herrn Landeshauptmann von Niederösterreich
16. Herrn Landeshauptmann von Oberösterreich
17. Herrn Landeshauptmann von Salzburg
18. Frau Landeshauptmann von Steiermark
19. Herrn Landeshauptmann von Tirol
20. Herrn Landeshauptmann von Vorarlberg
21. Herrn Landeshauptmann von Wien
22. Verbindungsstelle der österreichischen Bundesländer
23. Parlamentsdirektion
24. Bundespolizeidirektion Wien - Verkehrsamt
25. Anstalt Statistik Österreich
26. Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge
27. Wirtschaftskammer Österreichs
28. Vereinigung Österreichischer Industrieller
29. Bundesarbeitskammer
30. Österreichischen Gewerkschaftsbund
31. Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs
32. Österreichischen Landarbeiterkammertag
33. Bundeskammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten
34. Österreichische Ärztekammer
35. Österreichischen Rechtsanwaltskammertag
36. Bundeskonferenz der Kammern der freien Berufe Österreichs
37. Generaldirektion der Österreichischen Bundesbahnen
38. Kuratorium für Verkehrssicherheit
39. ÖAMTC
40. ARBÖ
41. Verband der Versicherungsunternehmen Österreichs
42. Österreichischen Städtebund
43. Österreichischen Gemeindebund
44. Österreichische Normungsinstitut
45. Österreichische Gesellschaft für Gesetzgebungslehre
46. Österreichischen Bundesfeuerwehrverband
47. Österreichischen Ingenieur- und Architekten-Verein
48. DDipl.Ing. Dr. Ernst ZEIBIG
49. Dr. Othmar THANN
50. Ing. Kurt VAVRYN
51. Dr. Rudolf HELLAR
52. HR DI Gerald KUBIZA

3
GZ. 170706/1-II/B/7/02

53. Gen.Dir. Mag. Helmut PICHLER
54. Dr. Josef SOUHRADA
55. Dir. Petrus RUDEL
56. Dr. Christoph MICHELIC
57. DI Wolfgang WISTER
58. KR Georg EBINGER
59. DI Dr. Gerhard BRUNER
60. Bundesinnungsmeister KR Alois EDELSBRUNNER
61. KR Heinz HAVELKA
62. Vst.-Dir. Dr. Peter GRABNER
63. Fachverbandsvorsteher KR Adolf MOSER
64. Fachverbandsvorsteher Michael PAMMESBERGER
65. Fachverbandsvorsteher KR Karl MOLZER
66. Vorst.-Dir. DI Hans Georg HIRSCHL
67. DI Hans SCHÖDL
68. KR Ing. Peter HENKE
69. Dir. Prokurist DI Dr. Reinhard GREGOR
70. Dr. Peter TSCHIRNER
71. Mag. Rainer TRYBUS
72. Dr. Karl OBERMAIR
73. Mag. Richard RUZICZKA
74. Mag. Ernst TÜCHLER
75. Georg EBERL
76. Thomas HEINSCHINK
77. Eduard GIFFINGER
78. Karl ÜBL
79. Mag. Birgit NIEDLER
80. Vorsitzenden der Konferenz der UVS im Wege der der Verbindungsstelle der Bundesländer beim Amt der NÖ-LReg.
81. Verkehrsombudsmann - Mag. Raimund Hütter
82. Berufsverband Österreichischer Psychologen
83. AAP - Dr. Franz NECHTELBERGER
84. Österreichische Arbeitsgemeinschaft für Rehabilitation
85. INFAR
86. AAAV
87. VÖEB
88. Gesellschaft für Ökologie und Abfallwirtschaft, Schutzverband gegen Umweltkriminalität
89. Verein der UVS - GenSekr. Mag Johann PICHLER
90. Österreichische Hochschülerschaft
91. Österreichischer Seniorenrat
92. Bundesministerium für soziale Sicherheit und Generationen Abteilung V/5 - Geschäftsführung des Bundesseniorenbeirates

Entwurf

18.4.2002

Bundesgesetz mit dem das Führerscheingesetz (7. FSG-Novelle) geändert wird

Der Nationalrat hat beschlossen:

Das Bundesgesetz über den Führerschein (Führerscheingesetz-FSG), BGBl. I Nr.120/1997 in der Fassung BGBl. I Nr. 2/1998, BGBl. I Nr. 94/1998, BGBl. I Nr. 134/1999, BGBl. I Nr. 25/2001, BGBl. I Nr. 112/2001, BGBl. I Nr. 32/2002 und BGBl. I Nr. 65/2002, wird wie folgt geändert:

1. In § 2 Abs. 1 Z 2 wird der Punkt am Ende durch einen Beistrich ersetzt und folgende lit. d angefügt:

„d) Kraftwagen mit nicht mehr als 16 Plätzen für beförderte Personen außer dem Lenkerplatz und mit einer höchsten zulässigen Gesamtmasse von nicht mehr als 3500 kg, wenn der Besitzer der Lenkberechtigung für die Klasse B
aa) das 21. Lebensjahr vollendet hat,
bb) seit mindestens zwei Jahren im Besitz der Lenkberechtigung für die Klasse B ist,
cc) nachweist, dass er das Fahrzeug im Rahmen nichtgewerblicher Organisationen für soziale Zwecke oder zur Beförderung der eigenen Familienmitglieder in auf- oder absteigender Linie einschließlich der Pflegekinder sowie des Ehegatten und der Schwiegereltern, lenkt und
dd) diese Fahrten unentgeltlich durchführt."

2. In § 2 Abs. 4 Z 3 wird das Wort „sowie" durch einen Beistrich ersetzt, in Z 4 wird der Punkt durch das Wort „sowie" ersetzt und folgende Z 5 angefügt:

„5. die Berechtigung, Kraftwagen mit nicht mehr als 16 Plätzen für beförderte Personen außer dem Lenkerplatz und mit einer höchsten zulässigen Gesamtmasse von nicht mehr als 3500 kg mit der Lenkberechtigung für die Klasse B zu lenken (Abs. 1 Z 2 lit. d)."

3. § 3 Abs. 1 Z 5 lautet:

„5. den Nachweis erbracht haben, von einer ermächtigten Einrichtung in lebensrettenden Sofortmaßnahmen bei einem Verkehrsunfall oder, für die Lenkberechtigung für die Klasse D, in Erster Hilfe unterwiesen worden zu sein."

4. § 3 Abs. 3 lautet:

„(3) Der Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie hat im Einvernehmen mit dem Bundesminister für soziale Sicherheit und Generationen, dem jeweiligen Stand der medizinischen Wissenschaft entsprechend, durch Verordnung die näheren Bestimmungen festzusetzen über:

1. den Inhalt und den zeitlichen Umfang der Unterweisung in lebensrettenden Sofortmaßnahmen gemäß Abs. 1 Z 5,
2. den Nachweis darüber sowie
3. die Höhe des für die Vornahme der Ermächtigung zu entrichtenden Aufwandersatzes."

5. In § 36 Abs. 1 Z 1 wird der Strichpunkt nach lit. c durch einen Beistrich ersetzt und folgende Wortfolge angefügt:

„d) an geeignete Einrichtungen zur Durchführung von Unterweisungen in lebensrettenden Sofortmaßnahmen und Erster Hilfe gemäß § 3 Abs. 1 Z 5.

Die in lit. d genannten Stellen unterliegen hinsichtlich der auf Grund dieser Ermächtigung zu erfüllenden Aufgaben der Aufsicht und den Weisungen des Landeshauptmannes."

6. Nach § 40 Abs. 1 wird folgender Abs. 1a eingfügt:

„(1a) Für eine Lenkberechtigung für die Klasse B, die vor dem 1. Jänner 2003 erteilt wurde, gilt der Berechtigungsumfang gemäß § 2 Abs. 1 in der Fassung BGBl. I Nr. xxx/2002."

7. Nach § 41 Abs. 2 wird folgender Abs. 2a eingefügt:

„(2a) Einrichtungen, die bereits vor dem Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes in der Fassung BGBl. I Nr. xxx/2002 zur Durchführung von Unterweisungen in lebensrettenden Sofortmaßnahmen sowie Erster Hilfe berechtigt waren, dürfen diese Tätigkeit bis zu sechs Monate nach Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes in der Fassung BGBl. I Nr. xxx/2002 weiterhin ausüben. Innerhalb dieser Frist haben sie beim Landeshauptmann einen Antrag auf Ermächtigung gemäß § 36 Abs. 1 Z 1 lit. d einzubringen, widrigenfalls die weitere Ausübung der Tätigkeit unzulässig ist. Wurde der Antrag innerhalb der genannten Frist eingebracht, darf die Tätigkeit bis zu zwei Jahre nach Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes in der Fassung BGBl. I Nr. xxx/2002 weiterhin ausgeübt werden. Wurde bis zu diesem Zeitpunkt eine Ermächtigung gemäß § 36 Abs. 1 Z 1 lit. d nicht erteilt, ist die bisherige Berechtigung erloschen."

8. Dem § 43 wird folgender Abs. 14 angefügt:

„(14) § 2 Abs. 1 und 4, § 3 Abs.1 und 3, § 36 Abs. 1 und § 41 Abs. 2a jeweils in der Fassung BGBl. I Nr. xxx/2002 treten mit. 1. Jänner 2003 in Kraft."

Vorblatt

Probleme:

Kinderreiche Familien bräuchten eine Lenkberechtigung für die Klasse D um eine Ausfahrt mit allen Familienmitgliedern durchführen zu können; Anträge von Institutionen auf Duchführung von Unterweisungen in lebensrettenden Sofortmaßnahmen – für die Vornahme dieser Ermächtigung ist jedes Mal die Änderung der FSG-Durchführungsverordnung erforderlich

Ziele:

Schaffung einer Erleichterung für diese Familien, da ohnehin das Lenken eines großen Busses nicht beabsichtigt ist; Vereinfachung des Ermächtigungsverfahrens

Inhalt:

Einführung der Berechtigung, Fahrzeuge der Unterklasse D1 (bis 16 Sitzplätze außer dem Lenker) mit einer Lenkberechtigung für die Klasse B zu lenken; Einführung eines Ermächtigungsverfahrens beim Landeshauptmann zur Durchführung von Unterweisungen in lebensrettenden Sofortmaßnahmen

Alternativen:

Einführung der Unterklasse D1 (ist jedoch im Hinblick auf die zwingende Einführung sowie die Neudefinition im Rahmen der 3. Führerscheinrichtlinie zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht sinnvoll); ansonsten keine

Auswirkungen auf die Beschäftigung und den Wirtschaftsstandort Österreich:

keine

Finanzielle Auswirkungen:

siehe Erläuterungen Allgemeiner Teil

EU-Konformität:

Gegeben, Art. 5 Abs. 4 lit. a der Richtlinie 91/439/EWG des Rates sieht die Möglichkeit vor, dass Fahrzeuge der Unterklasse D1 mit einer Lenkberechtigung für die Klasse B gelenkt werden. Die beabsichtigte Novelle bewegt sich innerhalb des von der Richtlinie vorgegebenen Rahmens; Das Ermächtigungsverfahren betreffend die Unterweisung in lebensrettenden Sofortmaßnahmen ist von EU-Recht nicht geregelt

Erläuterungen

Allgemeiner Teil

Hauptgesichtspunkte des Entwurfes:

1. Aufgrund eines konkreten Anlassfalles wurde das Problem aufgeworfen, dass besonders kinderreiche Familien gemeinsame Ausfahrten nur dann unternehmen können, wenn zumindest ein Familienmitglied im Besitz einer Lenkberechtigung für die Klasse D ist. Dies wird als übertrieben empfunden, da diese Personen ein verkehrspsychologisches screening sowie eine Fahrprüfung auf einem großen Omnibus absolvieren müssen, obwohl sie danach „nur" Kleinbusse mit wenig mehr als acht Sitzplätzen lenken wollen. Ein Lösungsansatz wäre die Einführung der Unterklasse D1, was sich aber zum gegenwärtigen Zeitpunkt als unvertretbarer Verwaltungsaufwand darstellen würde, da im Rahmen der 3. EU-Führerscheinrichtlinie die obligatorische Einführung aller Unterklassen erwogen wird, sowie eine Neudefinierung der Unterklasse D1 beabsichtigt ist. Somit würde eine vorgezogene Einführung der Unterklasse D1 einen doppelten Umstellungsaufwand im Rahmen der Fahrprüfung und des Führerscheinregisters bedeuten sowie auch die zweimalige Ausgabe eines neuen Führerscheinformulars erforderlich machen.

   Somit wird nunmehr im Rahmen der EU-Führerscheinrichtlinie eine Lösung angestrebt, wonach der Besitzer einer Lenkberechtigung für die Klasse B auch berechtigt ist, Fahrzeuge der Unterklasse D1 zu lenken. Diese Möglichkeit bietet Artikel 5 Abs. 4 lit. a der genannten Richtlinie unter bestimmten Voraussetzungen, wobei jedoch zu beachten ist, dass diese Regelung auf das österreichische Hoheitsgebiet beschränkt ist.

2. Weiters wird ein Ermächtigungsverfahren für die Vornahme von Unterweisungen in lebensrettenden Sofortmaßnahmen und Erster Hilfe eingeführt. Dies deshalb, da immer wieder neue Institutionen auftreten, die eine Berechtigung zur Durchführung dieser Kurse anstreben. Derzeit sind die durchführenden Institutionen in der FSG-Durchführungsverordnung taxativ aufgezählt. Es ist kein Ermächtigungsverfahren vorgesehen. Potentielle Kursanbieter können lediglich die ausdrückliche Aufnahme in die Verordnung anregen, haben aber keinerlei Rechtsanspruch darauf. Einfacher und rascher (somit für die betroffene Institution zumutbarer) ist eine Ermächtigung durch den jeweiligen Landeshauptmann durch Bescheid, wie dies auch im Bereich der sachverständigen Ärzte der Fall ist. Dementsprechend sind auch die Bestimmungen des § 6 der FSG-Durchführungsverordnung anzupassen.

Finanzielle Auswirkungen:

1. Die Neudefinierung der Lenkberechtigungsklasse B verursacht keinerlei zusätzlichen Verwaltungsaufwand, da ausschließlich der Berechtigungsumfang per Gesetz erweitert wird und somit keine behördlichen Ermittlungen oder Eintragungen im Führerschein oder im Register erforderlich sind. Es ist auch nicht zu unterscheiden zwischen Lenkberechtigungen, die vor dieser Erweiterung erteilt wurden und solchen, die nachher erteilt wurden, da für alle derselbe Berechtigungsumfang gilt.
2. Die Einführung eines Ermächtigungsverfahrens verursacht geringen Mehraufwand, da für alle ermächtigten Institutionen je ein Bescheid pro Land zu erlassen ist.

   Pro Land ist von folgendem Mehraufwand auszugehen:

   -- Derzeit sind in § 6 Abs. 2 der Führerscheingesetz-Durchführungsverordnung sieben ermächtigte Institutionen genannt, für die jeweils ein Bescheid zu erlassen ist. Da an der fachlichen Qualifikation dieser Institutionen kein Zweifel besteht, da sie ja bereits in diesem Bereich tätig sind, entfällt dabei ein umfangreicher Prüfungsaufwand. Es ist dabei ein Aufwand von rund 30 Minuten für einen Beamten der Verwendungsgruppe A (bei Kosten von 0,8 €/min) pro Bescheid zu veranschlagen:

   30 min x 0,8 € = 24 €

   x 7 (Bescheide) = 168 €

Pro Bundesland ist für die Ermächtigung der bisher berechtigten Institutionen mit einem einmaligem Mehraufwand von 168 € zu rechnen, das bedeutet einen **einmaligen bundesweiten Mehraufwand von 1512 €.**

-- Weiters ist zu erwarten, dass sporadisch in Zukunft noch weitere Institutionen diese Ermächtigung anstreben. Unter der Annahme, dass einmal pro Jahr ein derartiger Antrag gestellt wird, ergeben sich folgende Mehrkosten:

Prüfen der Voraussetzungen und Verfassen des Bescheides: Aufwand von 3 Stunden für einen Bediensteten der Verwendungsgruppe A:

180 min x 0,8 € = 144 €

Damit ergibt sich ein jährlicher Verwaltungsaufwand pro Land von 144 €, was einem **bundesweiten jährlichen Mehraufwand von 1296 €** entspricht.

Diese Mehraufwendungen werden allerdings vollständig durch den in der FSG-Durchführungsverordnung festzulegenden Aufwandersatz abgegolten.

Kompetenzgrundlage:

In kompetenzrechtlicher Hinsicht stützt sich das im Entwurf vorliegende Bundesgesetz auf Art. 10 Abs. 1 Z 9 ("Kraftfahrwesen").

Besonderer Teil

Zu den Z 1, 2 und 6 (§ 2 Abs. 1, § 2 Abs. 4 und § 40 Abs. 1a):

In § 2 Abs. 1 wird entsprechend den Vorgaben der Richtlinie 91/439/EWG die Berechtigung statuiert, dass mit einer Lenkberechtigung für die Klasse B auch Fahrzeuge der Unterklasse D1 gelenkt werden dürfen.

Die in den lit. aa bis dd genannten Voraussetzungen entsprechen Artikel 5 Abs. 4 lit. a der genannten EU-Richtlinie, wobei in lit. cc jedoch zusätzlich auf das spezielle Problem der kinderreichen Familien Bezug genommen wurde und dieses detailliert geregelt wurde.

Die im Einleitungssatz zu Art. 5 Abs. 4 genannte erforderliche Konsultation der EU-Kommission wurde vom Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie bereits veranlasst, stellt nach informellen Gesprächen mit Kommissionsvertretern jedoch nur einen Formalakt dar.

Probleme der Exekutive bei der Kontrolle dieser Bestimmung sollten nicht auftreten, da in lit. cc der Lenker verpflichtet wird, die Verwandtschaftsverhältnisse der mitfahrenden Personen nachzuweisen. Es ist daher erforderlich, dass diese geeigneten Nachweise **für alle Familienmitglieder** (wie z.B ein Reisepass, Personalausweis oder eine Geburtsurkunde für kleinere Kinder zumindest in Kopie) mitgeführt werden und zwar auch dann, wenn nicht alle Familienmitglieder im Fahrzeug mitfahren. Dies ist erforderlich, da die Berechtigung zum Lenken eines Fahrzeuges (nämlich eines Omnibusses) nachzuweisen ist, für das normalerweise eine Lenkberechtigung für die Klasse D erforderlich ist.

In § 2 Abs. 4 wird gemäß den Vorgaben der EU-Führerscheinrichtlinie klargestellt, dass diese Berechtigung nur in Österreich und in jenen Staaten gilt, die diese Berechtigung anerkannt haben.

In der Übergangsbestimmung des § 40 Abs. 1a wird eindeutig klargestellt, dass dieser erweiterte Berechtigungsumfang der Klasse B auch für jene Lenkberechtigungen gilt, die vor dem Inkrafttreten dieser Novelle erteilt wurden.

Zu den Z 3 bis 5 und 7 (§ 3 Abs. 1, § 3 Abs. 3, § 36 Abs. 1 und § 41 Abs. 2a):

Diese Punkte beinhalten die Einführung des Ermächtigungsverfahrens für die Unterweisung in lebensrettenden Sofortmaßnahmen.

Zu § 3 Abs. 1 Z 5:

Hier wird nur eingefügt, dass die Unterweisung in lebensrettenden Sofortmaßnahmen oder Erster Hilfe bei einer ermächtigten Einrichtung zu absolvieren ist.

Zu § 3 Abs. 3:

Auch die Verordnungsermächtigung ist diesbezüglich anzupassen. Die Textpassage, wonach durch Verordnung die zur Durchführung berechtigten Institutionen zu benennen sind, entfällt, dafür wird in der neuen Z 3 die Grundlage für die Einhebung einer Gebühr für die Vornahme der Ermächtigung geschaffen, die den zusätzlich entstehenden Verwaltungsaufwand abgelten soll. Die Höhe dieser Gebühr wird durch Verordnung festgelegt.

Zu § 36 Abs. 1 Z 1:

Nachdem im Rahmen der Mehrphasenausbildung in dieser Bestimmung eine lit. c eingefügt wird, soll in der nunmehrigen lit. d die Kompetenz des Landeshauptmannes normiert werden, die Ermächtigung zur Durchführung von Unterweisungen in lebensrettenden Sofortmaßnahmen auszusprechen. Außerdem soll das Aufsichts- und Weisungsrecht über die ermächtigten Institutionen vom Landeshauptmann wahrgenommen werden.

Zu § 41 Abs. 2a:

Alle ermächtigten Einrichtungen, die bereits derzeit Unterweisungen in lebensrettenden Sofortmaßnahmen durchführen, brauchen ebenfalls eine Ermächtigung nach den neuen Bestimmungen. Für die Einbringung dieses Antrages ist eine Frist von sechs Monaten ab Inkrafttreten dieser Verordnung festgelegt. Wurde der entsprechende Antrag eingebracht, bleibt die bisherige Berechtigung für die Dauer von zwei Jahren aufrecht.

Es wurde für diese neue Ermächtigung eine eigene Übergangsbestimmung geschaffen, da § 41 Abs. 2 auf diese Form der Ermächtigung nicht anwendbar ist. Die Wendung „vor Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes" in § 41 Abs. 2 bezieht sich nur auf die Stammfassung des Gesetzes, was sich auch aus der in dieser Bestimmung enthaltenen Fristberechnung ergibt.

Zu Z 9 (§ 43 Abs. 14):

Hier wird ein fixes Inkrafttretensdatum festgelegt um den Behörden die Möglichkeit zu geben, sich auf die neuen Regelungen einzustellen.